

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16  
Wusterhausener Str. 15 (Redakt. E. Wimmer)  
Korrespondent: Kurt Morhsplatz 27/46/47

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 4 Mk.  
mit wöchentlich. Beilage „Die Sanitätskarte“ 6 Mk.

## Rückblick auf das Jahr 1919.

### II. Die deutschen Gewerkschaften.



Dem gewaltigen Ansturm in den ersten Revolutionsmonaten ist nun wieder eine mehr gleichmäßig ruhigere Arbeitsbewegung in den Mitgliederzahlen der deutschen Gewerkschaften gefolgt. Zwar haben die Landarbeiter, die gegenwärtig 550 000 Mitglieder zählen, bis in die jüngste Zeit hinein auch weiter gewaltigen Zuwachs aufzuweisen, dafür sind aber die Metallarbeiter infolge des verunglückten Berliner Streiks nicht unerheblich zurückgegangen. Transporter und Fabrikarbeiter weisen je über eine halbe Million Mitglieder auf; urreiere Organisation der Gemeindefabrikarbeiter zählt gegenwärtig rund 275 000 Mitglieder. Die zwölf Großorganisationen mögen zusammen wohl über 6 Millionen Mitglieder aufweisen, während die weiteren 40 Klein- und Mittelorganisationen deren kaum 2 Millionen haben. Immerhin steht damit die deutsche Gewerkschaftswelt mit 7,5 bis 8 Millionen organisierter Gewerkschaftsmitgliedern weitaus an der Spitze aller Nationen.

Unter Einfluß auf die Staatsbehörden sowohl als auch auf die gesetzgebenden Körperschaften ist denn auch dauernd im Wachen. Man kann freilich über die Beteiligung von Gewerkschaftsführern an entscheidenden Regierungsgeschäften verschiedener Meinung sein, weil einerseits uns diese wertvollen Kräfte entzogen werden, andererseits die Regierungstätigkeit zurzeit eine besondere Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Interessen sehr schwer möglich macht; immerhin haben vor dem Kriege alle Arbeitervertreter auf das „rühmliche“ englische Vorbild hingewiesen. Es ist aber nicht recht einzusehen, warum in einer rein-kapitalistischen Regierung (wie sie England auch heute noch hat) die Betätigung zweckdienlicher sein soll, als in einer Koalitionsregierung mit sozialem Einschlag, wie sie Deutschland gegenwärtig besitzt.

Einen weiteren Teil hervorragender Kräfte haben die Gewerkschaften abgegeben, um die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen in den Syndikaten, Arbeitsgemeinschaften und sonstigen wirtschaftlichen Verbänden zu ermöglichen. Ob sich das auf die Dauer rentiert, wird ebenfalls erst später zu beantworten sein. Dazu kommen endlich noch die vielen gewerkschaftlich leitenden Personen, die nun in den Gemeinden teils ehrenamtlich, teils als bezahlte Magistratsmitglieder ihre Kräfte zum großen Teil hingeben.

All das konnte auf die innere Struktur der Gewerkschaften nicht ohne Einfluß bleiben, und es ist denn auch in allen Großverbänden ein solcher Mangel an geeigneten Kräften wie nie zuvor. Wir wollen nur hoffen, daß die vielfach jetzt fehlende Erfahrungspraxis neuer Männer keinen bleibenden Schaden im Gefolge hat.

Eins aber erscheint uns jetzt notwendiger denn je: Baldi-

ger Zusammenschluß der kleinen und mittleren Organisationen zu voll leistungsfähigen Industriebänden. Alle „Richtungen“ sind sich eigentlich darin einig, und es ist nur rätselhaft, daß trotzdem auf diesem Gebiet so langsam gearbeitet wird und im gleichen Atemzuge die ach so ferne „Einheitsorganisation“ oder womöglich gar die „revolutionäre Betriebsorganisation“ befürwortet wird.

Wir als Praktiker und Anhänger der Betriebsorganisation haben stets betont, daß unter Schema nicht für alle gilt und daß es verschiedener Vorbedingungen bedarf, um auch für andere Industriegruppen die Betriebsorganisation zu ermöglichen. Immerhin sollte man der berechtigten Kritik dadurch den Wind aus den Segeln nehmen, daß eine weitgehende Verschmelzung kleinerer Verbände zu leistungsfähigen Industrieorganisationen baldmöglichst in die Wege geleitet wird.

Tenn das Unternehmertum — das ist leider heute vielen Arbeitern längst nicht genügend klar — hat sich inzwischen genau so riesenhaft zusammengeschlossen wie die Arbeiter, ja, noch weit darüber hinaus! Durch manchen planlos geführten wilden Streik ist dem Unternehmertum (besonders in der Metallindustrie) der Ramm geschwollen, und es bedarf im neuen Jahr einer planmäßiger aufgebauten Gewerkschaftsstrategie, um das verlorene Terrain zurückzugewinnen.

Die wahrnehmbare weitere Verteuerung der wichtigsten Nahrungsmittel (Brot, Kartoffeln, Fett usw.) wird harte Kämpfe im Gefolge haben. Leider können wir mit gutem Gewissen nicht sagen, daß uns diese schweren Zeiten hinlänglich gerüstet vorfinden. Allzu leicht ist dem Unternehmertum in der Privatindustrie oft der Sieg gemacht worden. Jetzt sind sie vielfach so erstärkt, daß ihnen viel schwerer beizukommen ist.

Bei alledem brauchen die deutschen Gewerkschaften nicht verzagen. Die Revolutionserregung des Achtstundentages, die Millionen schwer bedrückter Proletarier den Weg ins Freie ermöglicht hat, breitet sich nun auch in Frankreich, Italien usw. als gescheitete Festlegung aus. Damit schwindet nicht nur der Grund unserer angeblichen ungenügenden Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, sondern es wird damit auch die notwendige internationale Balance geschaffen, die notwendig ist, um eine einheitliche Gewerkschaftsinternationale zu gewährleisten, nachdem die politische Internationale zerrissen worden ist.

Das verfloßene Jahr der deutschen Gewerkschaften stand im Zeichen des Nürnberger Kongresses, dessen Abschluß sich im ganzen befriedigend auswirken. Ob es dem neuen Vorstand des Metallarbeiterverbandes gelingen wird, eine neue Taktik zum Segen seiner Mitglieder herauszuarbeiten, bleibt abzuwarten. Bislang sind jedenfalls keine

Anläufe dafür sichtbar, wobei wir allerdings nicht verkennen dürfen, daß die wirtschaftliche Situation in der Metallindustrie noch immer sehr schwierig ist infolge von Kohlen- und Materialmangel sowie des geringen Auslandskredits usw.

Die wichtige Frage, wie weit Arbeiterräte und Gewerkschaften gemeinschaftliche Ziele und Aufgaben haben, ist noch immer nicht genügend in allen Gewerkschaften geklärt. Wir selbst haben wiederholt dazu Stellung genommen, verkennen aber dabei nicht, daß in den verschiedenen Industrien die Dinge etwas anders liegen, als in den Gemeindefabriken, wo wir die wirtschaftlichen Betriebsräte zur Kontrolle sowohl nach unten wie nach oben benutzen können. Das neue Rätegesetz soll in den nächsten Tagen in der Nationalversammlung beraten werden, da können die Gewerkschaften ihre besondere Auffassung erneut zur Geltung bringen.

Im übrigen liegt es mit den Arbeiterräten leider recht ähnlich wie mit der Sozialisierung. Je mehr darüber geschrieben wurde, um so weniger geschah! Ob das aber einzig und allein Schuld der „gottverdammten“ Regierung ist oder nicht auch wir ein klein wenig mitschuldig sind, bleibt doch wohl erwägenswert. Warum ist z. B. auch im roten Berlin (wo U. S. P. D. die stärkste Rathhauspartei ist) so wenig zu bemerken von durchgreifenden Maßnahmen wider Bürokratie und für Sozialisierung? Wenn wir das auch nur andeutungsweise beantworten sollten, müßten wir wohl sagen: „Auch hier kann nur mit Wasser gekocht werden“.

Das Zentralproblem für die deutschen Gewerkschaften bleibt auch im neuen Jahr: Wie kann der Lebensstandard der deutschen Arbeiterklasse wieder gehoben werden?

Und da ist es nicht getan mit neu erfundenen Räte- oder sonstigen Systemen, mit Vorschlägen und Problemen für die ferne Zukunft, sondern mit praktisch-positiven Maßnahmen für die Gegenwart.

Die Steigerung des Reallohnes kann nicht allein durch Lohnbewegungen erreicht werden, sondern dazu gehört auch eine systematische gesetzliche Bekämpfung des Schieberturns, das sich in Deutschland in einer Weise entwickelt hat, die auf die Dauer volkswirtschaftlich unerträglich wird.

Wie man jetzt die furchtbare Wohnungsnot dadurch zu mildern hofft, daß man den Vermietern durch die neuen Verordnungen Zaum anlegt im Wohnungswucher, so muß auch auf anderen Gebieten verfahren werden.

Karl Marx hat in seinem „Kapital“ den Nachweis erbracht, daß der Handel in der menschlichen Gesellschaft mehr oder minder den Charakter des Schmarohers besitzt und daß eine sozialistische Gesellschaft die Bedarfswirtschaft als Grundlage von Industrie, Handwerk und Landwirtschaft einrichtet; daher müssen wir jetzt im neuen Deutschland alles daran setzen, um unsere Produktion umzustellen nach dem lebenswichtigen Bedarf.

Die Arbeiterräte können hier positive Unterlagen schaffen helfen, und die sozialisierten Betriebe müssen nach unbedingt rationalen Gesichtspunkten ausgebaut und geleitet werden. Hier ist Rhodus, und hier müssen wir zeigen, ob die einst vielgerühmte organisatorische Gabe des Deutschen wirklich etwas aufzurichten kann, das dann Nachahmung in der Weltindustrie findet!

Vielfach haben höhere Verwaltungsbeamte wie auch Großindustrielle bis heute gehofft, durch passive Resistenz den Zusammenbruch des Staates herbeiführen zu können, aus entgegengesetzten Motiven aber in der gleichen Willensrichtung waren und sind Kommunisten und Spartakisten tätig.

Wir wissen nicht, ob das neue Jahr diesen vereinten Bestrebungen von rechts und links Erfolg bringt. Eins aber wissen wir: Dieser „Erfolg“ würde weder zum Segen der deutschen Arbeiterklasse, noch der Gewerkschaften ausfallen. Unsere Wege zum Aufstieg des deutschen Arbeiters sind

andere: Sie sind uns seit Jahrzehnten durch Marx und Engels vorgezeichnet, und wir empfehlen allen Wundergläubigen, die klare und überzeugende Sprache des Letzteren zu studieren, sie werden manch neues Licht aufgesteckt bekommen.

Die Hoffnung der Reaktion, durch die starke Uneinigkeit der deutschen Arbeiter doch noch erneut wieder ans Ruder zu kommen, muß durch eine wohlgedachte wirtschaftlich und gewerkschaftlich gut organisierte Arbeiterkraft aufhoben werden.

Mögen sich in der parteipolitischen Arena die Häuptlinge mit wildem Geheul ihr Gesinnungstomahawk ins blutig tätowierte Gesicht schleudern, in den Gewerkschaften muß Sachlichkeit, Methode, Erfahrungspraxis und jene taktische Strategie entscheiden, die uns über so manche schwierige Zeiten hinweggeholfen hat und ohne die ein erfolgreicher Gewerkschaftskampf nicht zu führen ist. Aber auch Kameradschaftlichkeit und brüderliche Gesinnung brauchen wir!

So ist das Programm der deutschen Gewerkschaften auch im neuen Jahr klar vorgezeichnet. Arbeiten wir jeder zu seinem Teil daran, daß es schneller in Erfüllung geht, als wir alle in diesen trüben Zeiten zu hoffen wagen.

### Zur Lebensmittelverteuerung.

Mit dem 1. Januar 1920 werden die Preise für Brot und Kartoffeln erhöht. Die Ursache ist darin zu suchen, weil der Preis für den Zentner Wehl um 23,25 Mk. und für den Zentner Kartoffeln um 2,50 Mk. steigt, da den Landwirten für bessere Ablieferung erneut Prämien gewährt werden. Wenn die Landwirte 70 Proz. ihrer Mindestablieferungsschuldigkeit bei Getreide erfüllt haben, erhalten sie 2 Mk. pro Zentner mehr, bei 80 Proz. 4, bei 90 Proz. 6, bei 95 Proz. 8, bei 100 Proz. 10, bei 105 Proz. 12,50 und bei 110 Proz. 15 Mk. Diese Prämien werden nicht nur bei Lieferungen über 70 Proz. der Mindestablieferungsschuldigkeit bezahlt sondern der betreffende Satz gilt dann für die gesamte Ablieferung. Dies bedeutet einfach eine Erhöhung der Getreidepreise. Im Weizenfalle um 15 Mk. pro Zentner. Bei den Kartoffeln tritt die rückwirkende Erhöhung der Preise nicht ein, sondern beginnt erst bei Ablieferungen über 60 Proz. der Ablieferungsschuldigkeit beginnend mit 2 Mk. pro Zentner bei 50 Proz. steigend bis 5 Mk. bei 100 Proz. Mit dieser unliebsamen Tatsache muß also gerechnet werden, und es ist durchaus berechtigt, daß in weiten Kreisen des Volkes Unzufriedenheit entsteht, daß nun auch noch die notwendigen Lebensmittel erneut im Preise steigen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat bei der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände sofort dahin gewirkt, daß den Arbeitern ein Teuerungszuschlag gewährt wird. In diesem Sinne ist auch eine Entschädigung gefordert, daß der ziffernmäßig festzustellende Ausgleich ab 1. Januar 1920 von den Arbeitgebern getragen wird. Die Entschädigung lautet:

Die Reichsregierung hat sich, um die Ernährungswirtschaft ausrechtzuerhalten, in Uebereinstimmung mit dem 6. Ausschuh der Nationalversammlung genötigt gesehen, den Landwirten Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Kartoffeln in dem durch die Verordnung vom 18. Dezember 1918 vorgezeichneten Umfang zu gewähren.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands erkennt an, daß die hierdurch hervorgerufene Teuerung dieser wichtigen Nahrungsmittel von den Arbeitern und Angestellten nicht getragen werden kann. Sie hält es deshalb für dringend notwendig, daß dieser ziffernmäßig festzustellende Ausgleich von den Arbeitgebern ab 1. Januar 1920 getragen wird.

Diese Feststellungen sind ohne Bezug von den beiderseitigen Organisationen regional einheitlich zu treffen. Da es sich um eine Verteuerung der unentbehrlichsten Nahrungsmittel handelt, trifft diese den Ernährer einer Familie stärker als den Alleinlebenden. Die arbeitsbedingte Frage soll darum nach der Hauptlast der vom Arbeitnehmer zu verbringenden, nicht selbst erworblichen Familienangehörigen bemessen werden; sie soll jedem Arbeitnehmer — unabhängig von den Tarifverträgen — die Möglichkeit verschaffen, den durch die neue Verordnung hervorgerufenen Mehrverbrauch zu bestreiten.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer stimmten darin überein, daß durch die Uebernahme dieser Teuerungszulagen der Industrie neue Milliardenlasten aufgebürdet werden. Erhöhte Produktions-

kosten können aber nur durch erhöhte Produktion ausgeglichen werden; soll eine weitere Steigerung der Preise aller Fertigfabrikate in Deutschland verhindert werden, muß jeder Schaffende seine Pflicht bis aufs Letzte erfüllen!"

Die Zulage soll nach der Kopffzahl der vom Arbeitnehmer zu versorgenden, nicht selbst erwerbstätigen Familienangehörigen bemessen werden. Selbstverständlich muß dabei die durch Erhöhung des Preises für Getreide und Kartoffeln verursachte sonstige Verteuerung lebensnotwendiger Produkte mit berechnet werden. Denn mit der nominellen Verteuerung für Getreide und Kartoffeln, die etwa 1,15 Mk. pro Kopf und Woche beträgt, ist es nicht getan.

Es soll hier versucht werden, so schreibt der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“, die Lage in der Landwirtschaft zu schildern. Ob die Landwirte berechtigt sind, eine Preiserhöhung für ihre Produkte zu verlangen? Die Tatsache, daß die politischen Vertreter der deutschen Landwirtschaft in ihrer Mehrheit zugleich die härtesten Stützen der Reaktion sind, darf uns nicht davon abhalten, diese Frage möglichst objektiv zu beurteilen, denn auch wir haben einen großen Fehler zu berichtigen. Allsehr war unser Bestreben in der Vorkriegszeit und auch während des Krieges auf die Erzielung möglichst billiger Lebensmittel eingestellt. Die Hauptsache ist aber doch die Förderung und Steigerung der Produktion, vielmehr sollte dies die Hauptaufgabe eines jeden sozialistisch Denkenden sein. Bei der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise ist nun einmal der Verdienst die Triebfeder der Produktion. Mit dem Schlagwort Sozialisierung der Landwirtschaft kommen wir über die Zeiten der Not nicht hinweg, ganz besonders nicht auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion. Muß doch auch Kantelkly zugeben, daß an eine Sozialisierung der Landwirtschaft erst in letzter Linie zu denken sei. Auch mit der Forderung der schärferen Kontrolle der landwirtschaftlichen Betriebe ist nicht alles getan. Auf dem Gebiete des Schleichhandels und Schieberunwesens sind fast alle Landwirte Sünder, ob groß und klein. Daß Zwangswirtschaft, soweit erforderlich, sowie die damit erforderliche Kontrolle der Betriebe aufrechterhalten werden muß und ein scharfes Zugreifen bei Übertretungen notwendig ist, das ist selbstverständlich.

Die allgemein, ist auch in der Landwirtschaft mit einer Verteuerung der Produktionsmittel zu rechnen. Es ist falsch, zu sagen, daß dies erst in den letzten Monaten eingetreten sei.

Im dem Referat über landwirtschaftliche Produktion, das ich dem Gewerkschaftscongreß im Juni 1919 erstatten wollte, das aber nur schriftlich dem Protokoll einverleibt wurde, machte ich in dieser Beziehung folgende Angaben. Allerdings waren diese Berechnungen über die Höhe der Einnahmen und Ausgaben damals schon überholt. Immerhin ist es gut, das Material hier bekanntzugeben.

Nach unparteiischen Feststellungen erzielte die Landwirtschaft während der Zwangswirtschaft in den letzten Jahren an tatsächlichen Mehreinnahmen bei:

- Brotgetreide 40 Proz.,
- Gerste 45 Proz.,
- Hülsenfrüchte 135 Proz.,
- Getreide 140 Proz.,
- Weinpflanzen 40 Proz.,
- Gemüse 300 Proz.,
- Kartoffeln 115 Proz.,
- Zuckerrüben 117 Proz.

### Zu Theodor Fontanes 100. Geburtstag.

Unsere Zeit ist in Literatur und Kunst zum großen Teil aus das Neuherrlich-Glänzende eingestellt. Kino und Operettenslager verwüsten den Volksgeschmack, und die ruhige Besinnlichkeit früherer Zeiten schwindet immer mehr. Im Hasten und Jagen der Großstadt liest man auf Straßenbahn und Hochbahn ein paar Seiten, bald ist auch das insolge der drangvoll fürchterlichen Enge nicht mehr möglich. Da möchten wir unseren Kollegen und Kolleginnen im neuen Jahr die Mahnung mit auf den Weg geben, die ältere — man möchte fast sagen klassische — Romanliteratur nicht zu vergessen, die in ihrer einfachen Linie und schlichten Sprache anschaulicher und erhebernder wirkt als so manches, das für den Augenblick geboren. Besonders Theodor Fontane, als Dichter der Mark, ist lange nicht genügend bekannt, und wir nehmen seinen 100. Geburtstag zum willkommenen Anlaß, um hier kurz seiner zu gedenken. . . .

Am 30. Dezember waren es hundert Jahre, so entnehmen wir „Volk und Zeit“, daß Theodor Fontane in Neuruppin das Licht der Welt erblickte. Ueber seine Jugend- und Kindheitszeit, die er zum Teil in Swinemünde verlebte, berichtet der Dichter selbst in seinem autobiographischen Roman: „Meine Kinderjahre“, in dem er von den Eltern, von dem Vater, der so gut und gern Anekdoten erzählte, von den kindlichen Spielen usw. schreibt. Man hatte ihn zum Apotheker bestimmt, und so zog er, nachdem er seine Lehrzeit absolviert hatte, nach Berlin, Leipzig und Dresden, wo er neben seinem Amt in der Apotheke viel Anregung durch seinen Umgang in literarischen Kreisen

Bei Produkten aus der Viehwirtschaft sind die Mehreinnahmen wie folgt errechnet:

- Milch 78 Proz.,
- Butter 67 Proz.,
- Eier 817 Proz.,
- Gänse 221 Proz.,
- Wolle 180 Proz.,
- Verkauf von Schlachtvieh 29 Proz.

Demgegenüber berechnet man die Aufwandssteigerungen beim Einkauf von Saatgut auf durchschnittlich 100 bis 250 Proz., bei Sämereien auf 800 bis 400 Proz., bei den Löhnen auf 100 bis 180 Proz., bei den Maschinen auf 150 bis 200 Proz. und ähnliche Steigerungen bei den sonstigen Kosten des Landwirtes. Vergleicht man die durchschnittlichen Einnahmesteigerungen, die man mit 62 Proz. berechnet, besonders bei den Hauptprodukten, wie z. B. Getreide, mit dem Ansteigen des Kostenaufwands, wobei letzterer im Durchschnitt für ganz Deutschland etwa 70 bis 80 Proz. gegenüber den Friedenspreisen ausmacht, so muß gesagt werden, daß ein Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben besteht.

Bei vorstehenden Berechnungen können natürlich nur die geschätzten Erzeugerpreise in Anrechnung gebracht werden. Daß diese Preise der deutschen Landwirtschaft durch Umgehung der Verordnungen erhebliche Mehreinnahmen erzielt haben, ist selbstverständlich und bedarf keiner weiteren Erläuterung. Bei der Berechnung der Einnahmen der Landwirtschaft darf man aber gerechterweise nicht einfach die geltenden Erzeugerhöchstpreise in Anrechnung bringen, sondern es muß auch der Rückgang des Ernteertrages wie ebenso der Rückgang des Viehgewichts und andere Kriegseinwirkungen in Anrechnung gebracht werden.

Eine Steigerung der Arbeitslöhne ist allerdings erst wesentlich mit der Erklärung der Landarbeitergewerkschaft nach der Resolution eingetreten. Im Frühjahr 1919 war durchschnittlich eine Erhöhung der Arbeiterlöhne um etwa 150 Proz. zu verzeichnen. Heute kann von einer Erhöhung um 200 Proz. über den Friedensstand gesprochen werden. Da die Landwirtschaft ein Saisongewerbe ist, werden zur Erledigung der Erntearbeiten, besonders derackerfrüchte (Kartoffeln, Zuckerrüben), sehr viel sogenannte freie Arbeiter gebraucht. Diesen Arbeitern mußten naturgemäß Löhne gezahlt werden, die um mehr als 200 Proz. gegenüber dem Friedensstand höher sind. Wesentlich höhere Aufwendungen sind aber bei den sonstigen Produktionsmitteln zu verzeichnen. Bei Neuanschaffungen von Kuh- und Zuchtieren mußte bedeutend mehr Kapital angelegt werden. Jedem Eingeweichten sind Fälle bekannt, daß bei Ankauf von Vieh mehr bezahlt werden mußte, als der Viehzüchter an Höchstpreis bei dem Verkauf bekam. Man denke auch an die Verteuerung der Preise für Arbeitsgeschirre, Maschinen, Landwerkzeug usw.

In der Landwirtschaft ist aber die Düngerfrage mit die wichtigste. Darüber wollen wir nach einer Berechnung von Unterstaatssekretär Ramm im Landwirtschaftsministerium einige Zahlen anführen. Wir nennen hier die Preise pro Kilogramm im Durchschnitt bei Stickstoff im Jahre 1914: 1,32 Mk., jeht 6 Mk.; bei Phosphorsäure 1914: 33 Pf., jeht 3,20 Mk.; bei Kali 1914: 16 Pf., jeht 66 Pf. In Prozenten ausgerechnet beträgt diese Steigerung bei Stickstoff 455, bei Phosphorsäure 970, bei Kali 367 Proz.

Wenn man in Friedenszeiten auf den Hektar eine Wolldüngung gab von 30 Kilogramm Stickstoff, 36 Kilogramm Phosphorsäure

hatte. Im Jahre 1844 wurde es ihm möglich, eine Reise nach England zu unternehmen, und hier wurden ihm, der schon als Kind Walter Scott gefannt und geliebt hatte, die alten englischen und schottischen Balladen lebendig. Unter dem Eindruck dieser Reise entstanden eine Folge von Balladendichtungen, von denen besonders der „Archibald Douglas“, der von Löwe vertont wurde, viel Erfolg hatte. Es entstanden weitere Gedichte, deutsche und märkische Balladen. Von 1849 an widmete sich Fontane ausschließlich literarischen Arbeiten, doch kam er an sein eigentliches dichterisches Gebiet, den Roman, erst viele Jahre später heran. Eine zweite Englandreise ließ ihn die ersten Eindrücke vertiefen und führte ihn zu einem genaueren Studium der altenglischen Balladenliteratur, und ein dritter Aufenthalt in England, der mehrere Jahre umfaßte, war dem Studium der Theater, der englischen Kunst und Literatur gewidmet. Nach der Rückkehr aus England war er zehn Jahre hindurch in Berlin redaktionsmäßig; hier schrieb er auch zwanzig Jahre lang die Theaterkritik der Vossischen Zeitung. Die Sorge um das tägliche Brot, die ihn immer wieder zu Arbeiten zwang, die mit seiner dichterischen Tätigkeit nichts zu tun hatten, hinderte ihn, in früheren Jahren an sein eigentliches Schaffensgebiet zu kommen. So kam Fontane, im Gegensatz zu den meisten anderen Künstlern, erst im letzten Viertel seiner Lebenszeit zu seinen bedeutendsten Werken. Seine besten Romane entstanden zwischen seinem 60. und 80. Lebensjahre. Sie hatten lange Zeit zum Entwickeln gehabt und waren voll ausgereift. —

Fontanes Schaffen gliedert sich in drei Gruppen: die Balladen, die historischen Landschaftswerte und die Wanderungen, und die

und 50 Kilogramm Kalk, so wurden die Kosten dieser Düngung von 60.10 Mk. auf Grundlage der Friedenspreise gedeckt durch eine Mehreerte von 3.50 Doppelzentner Korn, oder 23.69 Doppelzentner Zuckerrüben, oder 16.90 Doppelzentner Kartoffeln. Zum Teil wurden durch diese Düngung auch noch höhere Ertragnisse erzielt. Im November 1919 hat man ausgerechnet, wie sich die Rentabilität der Düngung bei den erhöhten Düngerepreisen stellt. Es müßte dann kosten der Doppelzentner Korn 71.75 Mk., der Doppelzentner Zuckerrüben 10.58 Mk. und der Doppelzentner Kartoffeln 14.77 Mk. wenn der Aufwand für den Dünger wieder in der Ernte herauskommen soll. Inzwischen haben sich die Preise für künstlichen Dünger noch weiter erhöht.

Dabei darf man nicht vergessen, daß es bei dem geringeren Viehbestand, der nicht nur nach Zahl, sondern auch in Qualität zurückgegangen ist, eine starke Verminderung des natürlichen Düngers zu verzeichnen ist. Da uns die vom Ausland kommenden wertvollen erweichhaltigen Futtermittel fehlen, ist der Stallung auch nicht mehr so viel wert als in Friedenszeiten. Das alles bedingt einen erheblichen Rückgang des Erntertrags, der jetzt allgemein nur zu Zweidrittel der Friedensmenge berechnet wird. Höhere Produktionskosten einerseits und Rückgang der Ernte bedingt eine Erhöhung der Preise ganz naturgemäß. In dieser Beziehung könnten noch weitere Beweise angetreten werden, wie sich die landwirtschaftliche Produktion verteuert hat. Jedoch muß der Kürze wegen darauf verzichtet werden, dieses wichtige Gebiet noch weiter zu behandeln.

Nun ist bei der neuen Preisbemessung für landwirtschaftliche Produkte auch der Anteil des Reichszugewinnes zur Verbilligung des Brotmehls mit eingerechnet worden, der bisher an die Gemeinden gezahlt wurde. Es bitter dies ist, weil dies auch eine Verteuerung der Vropreise für die Konsumenten bedingt, so muß man doch diese Maßnahme billigen. Es geht nicht an, dauernd aus dem Staatsfädel zu schöpfen, in dem an sich nicht mehr viel drin ist. Denn das Volk muß in anderer Weise diese Mittel doch wieder aufbringen. Doch die Steuern auf die leistungsfähigen Schultern gelegt werden. Ist selbstverständlich und eine dringende Aufgabe der Gesetzgebung. Die Landwirtschaft können wir auf die Dauer nicht ertragen.

Die Getreideernte des laufenden Erntejahres ist nicht ungünstig. Es ist zu erwarten, daß durch diese Maßnahmen das Reichslandwirtschaftsministerium mehr Getreide als sonst ab geliefert wird. Darauf kommt es an. Die breite Masse des Volkes muß sich die Frage vorlegen, ob wir das Brot aus einheimischem Getreide zu etwa 2.70 Mk. kaufen können oder ob wir später für Brot aus ausländischem Mehl den drei- oder vierfachen Preis bezahlen müssen, ganz abgesehen von der dadurch eintretenden weiteren Verschlechterung unserer Marktlage dem Auslande gegenüber. Mühen wir den Landwirten angemessene Preise für ihre Produkte zu, dann bedeutet dies eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, nach dazu wenn dafür gesorgt wird, daß der Landwirtschaft die nötigen Mengen künstlichen Düngers zugeführt werden. Das alles trägt zur Gesundung unserer Wirtschaft bei. Die Steigerung der Produktion muß in erster Linie bei der Landwirtschaft beginnen.

Arbeiten wir in diesem Sinne, dann handeln wir sozialistisch. Wird dadurch eine Verteuerung der Lebenshaltung bedingt, dann ist es Aufgabe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, einen Ausgleich in der Lohnhöhe herbeizuführen. Mit Schloßwort wird der Arbeiter nicht gedient, sondern nur durch ein tatkräftiges Handeln, wie es eingangs schon durch das Eingreifen des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dargestellt wurde.

Georg Schmidt.

• **Wasserbauarbeiter** •

Das Organisationsverhältnis der staatlichen Wasserbauarbeiter. Unsere durch das Ministerium des Innern veranlaßte Umfrage über die Organisationszugehörigkeit der staatlichen Wasserbauarbeiter hat folgendes Ergebnis gezeigt. Von 567 befragten Filialen haben 429 geantwortet. 138 Filialen haben den ihnen zugehenden Fragebogen unbeantwortet gelassen, anscheinend haben diese der Berücksichtigung wenig Bedeutung beigelegt. In 340 Filialen sind keine staatlichen Wasserbauarbeiter gezählt worden. In 89 Filialen sind insgesamt 10.650 Arbeiter statistisch erfaßt worden, diese verteilen sich auf 10.614 männliche und 36 weibliche Arbeiter. Von den 10.650 Arbeitern sind 8152 = 76.5 Proz. organisiert und 2498 = 23.5 Proz. unorganisiert. Eine immerhin beachtliche Zahl. Das Organisationsverhältnis der 8152 Organisierten von den 10.650 Beschäftigten ist folgendes: Es gehören an: unserem Verbands 5269 = 64.6 Proz. der Organisierten 149.4 Proz. der Beschäftigten; freien Gewerkschaften 1950 = 24.3 Proz. (18.8 Proz.); örtlichen Gewerkschaften 592 = 7.3 Proz. (5.6 Proz.); örtlich-Verbands 15 = 0.2 Proz. (0.1 Proz.); sonstigen Organisationen 206 = 2.5 Proz. (2.8 Proz.); unorganisiert 2498 = 23.5 Proz.). Die in unserem Verbands organisierten Kollegen verteilen sich auf folgende Berufsgruppen: Brückenwärter 17, Schleusenwärter 37, Wasserführer 26, ungelernete Arbeiter 3328, ungelernete Arbeiterinnen 5, Maschinenisten 58, Geizer, 92, sonstige Handwerker 238 sonstige Arbeiter 1468. Nach Gauen geordnet ergibt sich folgendes Bild:

Gau	Jahr der Filialen	Jahr der Beschäftigten	Jahresmittel der Mitglieder	Gau	Jahr der Filialen	Jahr der Beschäftigten	Jahresmittel der Mitglieder
Berlin . . . . .	—	—	—	Karlsruhe . . . . .	4	222	128
Brandenburg . . . . .	6	179	101	Königsberg . . . . .	3	61	—
Preußen . . . . .	3	803	576	Leipzig . . . . .	2	172	101
Potsdam . . . . .	6	600	76	Wiesbaden . . . . .	8	654	423
Posen . . . . .	1	114	114	Magdeburg . . . . .	4	254	75
Przedlau . . . . .	3	366	347	Worms . . . . .	2	75	54
Sachsen . . . . .	2	104	9	München . . . . .	25	592	3016
Sachsen . . . . .	2	13	6	Nürnberg . . . . .	5	279	179
Sachsen . . . . .	5	271	83	Stettin . . . . .	—	—	—
Sachsen . . . . .	—	—	—	Stuttgart . . . . .	1	12	—
Sachsen . . . . .	6	477	26	Zusammen . . . . .	88	10.650	5249

Die drei sehr bedeutenden Gauen, Berlin, Hamburg und Stettin, fehlen mit Angaben. Die beiden letzten, Hamburg und Stettin,

Romane. Das Epische und vor allem das Dramatische lagen ihm fern. Fontanes Balladen gehören zum Schönsten, was es an deutschen Dichtungen dieser Art gibt. Seine Wanderungen und Landschaftsbilder sind überaus eindrucksvoll und geben ein getreues Bild, nicht nur von dem betreffenden Land und der Landschaft, sondern auch von den Menschen, deren Scholle er beschrieb. Diese Schilderungen sind durchsetzt mit anekdotischen Erzählungen, welche die geschilderten Personen dem Leser interessant und lebenswert machen und ihn mit einem Schlag mitten hinein in ihre Welt bringen. In heiterer, überaus liebenswürdiger Weise wird von Verlonen, Familiengeschichten, Sagen u. d. Anekdoten geplaudert, es folgen zoologische und botanische Studien im Wechsel mit historischen und biographischen Berichten. Die ersten Wanderbücher behandeln England, es folgen die „Wanderungen durch die Mark“, die Reise durch Nordfrankreich und Lothringen und „Kriegsgefangen“, eine Schilderung seiner Gefangennahme 1870, als Fontane als Kriegskorrespondent in Frankreich gefangen wurde. Hierhin gehören auch seine Bücher über die Kriege 1864, 1865 und 1870/71.

Das bekannteste und beliebteste von Fontanes Wanderbüchern sind die „Wanderungen durch die Mark“, ein Buch, das dem Leser die Augen öffnet für die Schönheit der so oft und häufig gelohnten und verhohlenen Mark Brandenburg. Städte, Dörfer und Klöster durchstreift der Dichter und trug überall mit Liebe den Stoff zusammen zu seinem großen, schönen Werk. Während sich die Balladen Fontanes durch große Kraft und knappe Form auszeichnen, gehen die Wanderbücher ins Breite, behaglich Erzählende. Man sieht in

ihnen an vielen Stellen förmlich das lebenswürdige, freundliche Gesicht des Erzählers. Theodor Fontanes Stil ist rein, natürlich, knapp und farbreich.

Seinen ersten Roman „Vor dem Sturm“ begann Fontane fünf- undvierzigjährig, aber erst als Sechzigjähriger hatte er Ruhe, ihn zu beenden. Dieser historische Roman erschien zuerst im „Lachem“. Ihm folgte eine weitere historische Erzählung „Grete Minde“ und dann „Ulernlipp“, ein sehr dramatischer Roman aus dem Harz. In diesem, wie auch in anderen Romanen Fontanes spielen Konflikte eine Rolle, die entstehen durch die Ehe eines bedeutend älteren Mannes mit einer sehr jungen Frau.

Über alles stellt Fontane seine Forderung nach innerer Wahrhaftigkeit. Eine andere Eigenschaft Fontanes ist die der Unsentimentalität. Und weil sentimentale Momente seinen Werken absolet fehlen, sind diese so kristallklar und rein. Fontane liebt es nicht, leidenschaftliche Schilderungen direkt zu geben. Er deutet sehr häufig derartige Dinge nur an und überläßt es der Phantasie des Lesers sie auszuführen. — Seine große Kunst des Gestaltens läßt sich besonders deutlich an seinen meisterhaften Dialogen erkennen. Neugierig eindrucksvoll sind auch die Briefe, die er einstreut und die den Schreiber so durchaus treffend charakterisieren. Fontanes eigene Briefe, die überaus fesselnd sind und aus denen die lebenswürdige kluge Persönlichkeit des Dichters heraussteht, sind in einer Sammlung erschienen und bilden eine lesenswerte Lektüre. — Aus der Fülle der weiteren Romane seien noch „Jrrungen, Wirrungen“, diese wunder-volle Schilderung des Mädchens aus dem Volk, genannt, ferner

müssen als Oasenstädte ganz gewiß beträchtliche Zahlen von Wasserbauarbeitern aufzuweisen. Im Gau Breslau haben die „Christen“ ihr Feld. Der Gau München weist zahlenmäßig das günstigste Resultat auf; von der angegebenen Zahl der Beschäftigten sind rund 60 Proz. unsere Mitglieder, die Filiale München, die 8000 Beschäftigte, von denen 590 unserem Verbande angehören, angibt, hat da noch ein reiches Verletzungsfeld. Auch im Gau Hannover stehen wir schlecht, da kommen die anderen freigewerkschaftlichen Verbände in Betracht. Alles in allem genommen kommt unser Verband auch für die staatlichen Wasserbauarbeiter als die maßgebende Organisation in Betracht.

• Aus untrerer Bewegung •

**Breslau.** Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Potentianen, Artnen- und Baderbezirke.) In der Sitzung mit dem Magistrat am 13. November 1919 wurde über folgende Punkte verhandelt: 1. 14tägige Zahlung des Lohnes; 2. Abschaffung des Titels Almoseneinpänger; 3. Regelung der Entlohnungsverhältnisse mit entsprechender Abgrenzung der Bezirke; 4. Neuwahl des Arbeiterausschusses. Nach Feststellung des Magistrats kommen etwa 50 Männer und Frauen in Frage. Es wurde ausgegeben, daß die wirtschaftliche Lage aufhebungsbedürftig sei. Anläßlich der unregelmäßigen Größe der Bezirke waren die Verdienste und die Arbeitszeit verschieden. Von den Beschäftigten sind 27 Wunden, 6 ledig, 2 verheiratet, 6 verheiratet und im Besitz von Kindern unter 14 Jahren, 19 Verheiratete haben Kinder über 14 Jahre. Der Lohn schwankte bisher zwischen 90—177 M., nicht gerechnet die Nebenverdienste, die zwischen 12—65 M. monatlich betragen. Mit der Größe der Bezirke nahm bisher die Arbeitszeit zu und der Lohn ab. Die Arbeitszeit in einigen Bezirken betrug 3, 4, 5, 6, 9 und 10 Stunden täglich. Die Lohnsummen standen bisher bei täglich 4stündiger Arbeitszeit auf 120 M. monatlich, zirka 150 M. Stundenlohn, bei 5stündiger Arbeitszeit auf 123 M. monatlich, zirka 150 M. Stundenlohn, bei 7stündiger Arbeitszeit auf 117 M. monatlich, zirka 89 M. Stundenlohn, bei 9—10stündiger Arbeitszeit auf 112 M. monatlich, zirka 45 M. Stundenlohn. Im Durchschnitt hatten 18 Beschäftigte einen Stundenlohn von 80 M. und darüber und 27 Beschäftigte einen solchen von 45—79 M. Das Alter der Frauen schwankte von 40—66 Jahre. Es war das Bestreben der Organisation, die Bezirke möglichst regelmäßig abzugrenzen zu lassen, um bei gleicher Arbeit zu gleichem Lohn zu kommen. In der Sitzung vom 30. Dezember 1919, zu der alle Potentianen geladen waren, konnte Stadtrat Reukirch das Resultat der Arbeit bekannt geben. Der Monatslohn beträgt nunmehr bei einer Arbeitszeit von 4 Stunden täglich 83 M., bei 5 Stunden 104 M., bei 6 Stunden 125 M., bei 7 Stunden 146 M. und bei 8 Stunden täglich 166 M. Einige Männer haben Aufbesserungen von 55—60 M., einige Frauen von 40—60 M. erhalten. Wenn eine Frau minimale Zulagen bekommt, so sind ihnen von bisher 3 Bezirken, die sie bearbeiteten, je ein Bezirk abgenommen worden. Es wird Ende des gewählten Arbeiterausschusses sein, die noch vorhandenen Verbesserungen abzustellen. Den Kolleginnen aber dürfte der Erfolg ihrer Vorbewegung erneut ein Ansporn sein, weiter unentwegt zum Verband zu halten. Ohne Zusammenstoß kein Fortschritt.

**Chemnitz.** In der Versammlung am 22. Dezember wurde die Wahl des zweiten Ortsbeamten vorgenommen. Auf Graupner entfielen 152, auf Ranisch 17 Stimmen. Somit ist Kollege Graupner gewählt. Hierauf gab Kollege Pflügel Bericht von den Dresdner Verhandlungen. Die Sätze, welche dort festgelegt wurden, betragen: Ortlasse A: Handwerker 280 M., Angelernte 2,65 M., Ungelernte 2,55 M., Frauen 1,35 M. In den Ortsklassen B, C und D sind die Sätze um je 10 Pf. niedriger.

**Darmstadt.** Unsere Monatsversammlung am 11. Dezember war von über 250 Mitgliedern besucht. Kollege Röh machte geschäftliche Mitteilungen. Zur Kündigung unseres Lohntarifes wurden Vorschläge entgegengenommen und soll die Fiktalleitung weitere Schritte tun, damit alsbald in Gemeinschaft mit den Betriebsausschüssen der Vollversammlung die formellen Änderungsanträge vorgelegt werden können. Ein Besuch an die Stadt soll verlangen, die bestehenden Differenzanlagen von den früheren Kinderbeihilfen bis 1. April 1920 zu gewähren. Ein anschließendes Referat des Kollegen Quamel über „Der Bolschewismus und seine Lehren“ vollendete die Versammlung.

**Dortmund.** Im Oktober 1919 wurde im Verichte der Filiale an die Verwaltungen der Städte Dortmund,örde und Lünen herangetreten zwecks Gewährung einer Beschaffungsbeihilfe für die städtischen Arbeiter in Höhe von 800 M. für Verheiratete, 200 M. für jedes Kind und 400 für Ledige. Die Vertreter der Städtevereinsung stellten sich auf den Standpunkt, daß die Gewährung der Beihilfe Tarifbruch sei. Ein Schiedsgericht unter Vorsitz des Gewerbeinspektors Lüscho, Dortmund, entschied am 27. Oktober, daß die Gewährung einer Beschaffungsbeihilfe nicht im Tarifvertrag geregelt sei. Also stände der Gewährung einer Beihilfe nichts im Wege. Trotzdem beharrten die Städtevertreter auf ihrem Standpunkt und lehnten eine Beihilfe rundweg ab. Sie wollten einer Abänderung des bis zum 31. Dezember 1919 laufenden Tarifvertrages zustimmen. In den ersten Verhandlungen wurde kein günstiges Resultat erzielt. In der Sitzung vom 13. November erklärte der Verhandlungsleiter, Stadtrat Dr. Keiles, Dortmund, daß man verhandeln wollte auf Grund des eben abgeschlossenen Vergarbeitertarifes. Am 18. November fanden daraufhin nochmal Verhandlungen statt, wo man zur Verständigung drüber kam, daß sämtliche Löhne um 20 Proz. erhöht werden. Nach heftigen Auseinandersetzungen in den Mitgliederversammlungen wurde das Angebot schließlich gegen wenige Stimmen gutgeheißen. Die Löhne werden rückwirkend ab 1. Oktober bezahlt. In den Orten der Filiale ist das zum größten Teile bereits geschehen. Da nun der Tarif am 1. Dezember gekündigt worden ist und die Neuverhandlungen in allerhöchster Zeit beginnen werden, muß alles daran gesetzt werden, daß der neue Tarif verbessert wird. Einige kleine Fehler sind bereits durch die Verhandlungen vom 18. November beseitigt worden. Die Spannung muß unbedingt von 6 auf 3 Jahre herabgesetzt werden. Ferner müssen die Gruppen ganz verschwinden bzw. vermindert werden. Man wird versuchen müssen die Arbeiter, die in die betreffende Gruppe gehören sollen, namentlich aufzuföhren. Ein großer Streitpunkt wird die Ortsklassen-Einteilung bilden. Haben wir es doch erfahren müssen, daß die Kollegen vom Wasserwerk Dortmund, Bumpstationen Billig, Densgen, Schwerte usw. durch Entschaid einer Kommission zwei Ortsklassen niedriger bezahlt worden als vorher. Die Meinung aller Beteiligten geht nun dahin, daß das rheinisch-westfälische Industriegebiet als einheitlich be-

„Frau Jenny Treibel“, eine prachtvolle Verspottung der Bourgeoisie, die „Peggenpubis“, „Stine“, „Quitt“ und das reizvolle und letzte Werk des fast achtzigjährigen „Der Stochlin“. Ueber all diesen Schicksalen und Erlebnissen strahlt die reine, warme Güte und Menschlichkeit des Dichters. Und überall klingt die Erkenntnis durch, daß geschieht, was geschehen muß: „Ewig und unwandelbar ist das Gesetz“. Diese Betonung des Schicksalzwanges kehrt immer wieder. Die einfache, klare Sprache, die glänzende Technik der Fontaneschen Romane und das tiefe menschliche Empfinden, das ihnen zu Grunde liegt, sichern ihnen den Platz unter den besten deutschen Dichtungen. 1898 starb Theodor Fontane. Er war ein Dichter, der im Herzen des Volkes weiterlebt.

Wir lassen nun als Probe und Anreiz zum weiteren Lesen eine kleine Skizze folgen aus der Selbstbiographie „Von Zwanzig bis Dreißig“ über die deutsche Revolution 1848.

Schweißtriefend kam ich von dem stillen Kirchplatz in die neue Königsstraße zurück, auf der eben vom Tor her ein Arbeiterhaufen heranrückte, lauter ordentliche Leute, nur um sie herum ertönte verächtliche Gesellen. Es war halb wie eine militärische Kolonne, und ohne zu wissen, was sie vorhatte, rangierte ich mich ein und ließ mich mit fortziehen. Es ging über den Alexanderplatz hinweg auf das Königstädter Theater zu, das alsbald wie im Sturm genommen wurde. Man brach aber nicht von der Front, sondern von der Seite her ein, und besetzte hier, während einige die Bescheid wuchten, bis in die Garderoben und Requisitenkammern vordrangen, einen Raum, wahrscheinlich eine Hörnerstube, darin ein Bett stand.

Ueber dem Bett hing eine altmodische silberne Uhr, eine sogenannte Pfunduhr, mit dicken Verlores und großen römischen Zahlen. Einer griff danach. „Nicht anrühren“, donnerte von hinten her eine Stimme rüber, und ich konnte leicht wahrnehmen, daß es ein Führer war, der da, von seinem Plage aus, nach dem Rechten sah und dafür sorgte, daß das sich mehr und mehr mitmischende Gefindel nicht aufkomme.

Witterweise hatten die weiter in den Innenraum Eingedrungenen all das gefunden, wonach sie suchten, und in derselben Weise, wie sich beim Hausbau die Steinträger die Steine zuwerfen, wurde nun, von hinten her, alles zu uns herübergereicht: Degen, Speere, Partisanen und vor allem kleine Gewehre, wohl mehrere Dutzend. Wahrscheinlich — denn es gibt nicht viele Städte, worin moderne Schusswaffen massenhaft zur Verwendung kommen — waren es Karabiner, die man fünfzehn Jahre früher in dem beliebtesten Lustfriele: „Seven Rädchen in Uniform“ verwendet hatte, hübsche, kleine Gewehre mit Bajonett und Lederriemen, die, nachdem sie den theatralischen, guten alten König Friedrich Wilhelm III. manch liebes Mal erheitert hatten, jetzt, satt bei Lampenlicht, bei vollem Tageslicht in der Welt erschienen, und nun gegen ein total unmodisch gewordenes und dabei, ganz wie ein „altes Stück“, ausschließlich langweilig wirkendes Regiment ins Feld geführt zu werden.

Ich war unter den ersten, denen eins dieser Gewehre zufließ und hatte momentan denn auch den Glauben, daß dieser Heldenaufbruch meinerseits nichts weiter im Wege ließe. Nach einer kurzen Weile blieb ich auch in dieser Anschauung. Wieder draußen angekommen,

trachtet werden muß. Wenn man annimmt, daß die Arbeiter in den ländlichen Bezirken billiger leben als in den Städten, so trifft dies nur auf einige Artikel zu. Ein Kollege aus ländlichem Gebiet schreibt uns zu dieser Angelegenheit: Grund zu meinen Ausführungen bildet das Ortsklassensystem des Tarifvertrages im Industriegebiet. Es werden dort scharfe Grenzen gezogen zwischen Groß- und Kleinstadt, zwischen Stadt und Land. Lohnabstufungen von 10 bis 35 Prozent sind die Folge dieser Abgrenzungen. Warum? Weil es stets heißt: „Die Leute auf dem Lande haben alles selber. Gut! Leben wir uns dies Alles etwas näher an. Damit eine Familie von fünf bis sechs Personen „alles selber hat“, ist etwa ein halber Morgen Gartenland erforderlich. Dieser bringt Gemüse und Krübstoffen, nicht aber die Einfuhrung von Kartoffeln auf; allenfalls noch Futter für eine Pige und ein Schwein. Das Land erfordert Dünger, Sämereien und viel Arbeit. Den Dünger, soweit er nicht von eigenen Vieh genommen wird, muß man kaufen und zum Teil sehr teuer bezahlen. Für Sämereien muß man 120–150 Mk. rechnen. Diese Summe mag hoch erscheinen, aber je 1. ein Samenlohn für Gurken kostete im letzten Frühjahr 15 Pf., 1 Gramm Blumenkohlalat 1 Mk. Alles andere an Sämereien war entsprechend ebenso teuer. Dann die Verarbeitung des Landes. Wenn der Arbeiter in der Großstadt nach Beendigung der Arbeit seine Ruhe hat, geht der Arbeiter auf dem Lande mit der Sichel oder Lade auf sein Land. Die Landarbeit geschieht zum Wohle des ganzen Volkes, denn es ist sicher, daß durch eine gute Bearbeitung des Gartens, gegenüber der Bearbeitung durch den Bauer, drei- bis vierfach höhere Erträge herausgeholt werden. Das ist der Vorteil des Arbeiters auf dem Lande. Während der Großstädter, um zu seiner Arbeitsstelle zu gelangen, Billiater unter seinen Füßen hat oder die Straßenbahn benutzen kann, muß der Arbeiter auf dem Lande Stundenzeit geben. Mit langen Stiefeln durch Dreck und Schlamm bis an die Knöchel. Wege von einemhalb bis zwei Stunden sind nichts Seltenes. Daß hierbei Schweiß und Kleidung mehr leiden als in der Stadt, muß jedem einleuchten. Ein weiterer Punkt ist die Versorgung mit rationierten Lebensmitteln und Kleidung. Daß der Arbeiter auf dem Lande weniger rationierte Lebensmittel erhält, kann man aus jeder Rechnung ersehen. Alle 6–8 Wochen gibt es etwas Speck oder dergleichen, denn der Arbeiter auf dem Lande hat ja alles selber. Wenn der Arbeiter auf dem Lande Vieh nötig hat, muß er erst dem Bauer gute Worte geben. Das Ende vom Lied ist dann, daß die Viehler entsprechend teuer sind. Wegen der Beleuchtung ist man auf dem Lande zum größten Teil auf Petroleum oder Karbid angewiesen. Das Karbid kostet 3 Mk. und reicht im Winter höchstens eine Woche. Bei allen diesen Umständen kann man doch nicht verlangen, daß der Arbeiter 10 bis 35 Proz. billiger arbeitet. Ist der Arbeiter weniger seines Lohnes wert als der Bauer, der oft für seine Ware Wunderpreise fordert und auch erhält? Was der Arbeiter auf dem Lande durch seine Arbeit erzielt, darf ihm nicht vom Lohn abgezogen werden. Darum, gleiche Arbeit, gleiche Lohn im Industriegebiet. Die Forderung ist überall gleich und Lohnunterschiede in dieser Höhe dürfen künftig nicht mehr vorkommen. Der Versuch, die Ortsklasseneinteilung ganz verschwinden zu lassen bzw. anders zu gestalten, muß unbedingt gemacht werden. In den Tarifverträgen muß noch eingefügt werden: „Anspruch auf den Lohn haben nur diejenigen Arbeiter bzw. Arbeiterinnen, welche in einem Vertrag abschließenden Organisation sind.“ Schwere und langwierige Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeberbund rheinisch-

westfälischer Städte werden uns bevorstehen; aber wenn die Kollegen den Organisationsleitungen das Vertrauen schenken und dieselben in allen Beziehungen unterstützen, dann werden wir auch vieles erreichen. Vor allen Dingen muß dafür gejorgt werden, daß die sämtlichen Betriebe bis auf den letzten Mann organisiert sind. Darum frisch auf zum Kampf!

**Glauchau.** Nachdem nun auch bei uns die Auszahlung der Beschaffungsbeihilfe nach dem Willen der Volkammer erfolgt ist, können wir mit Freude auf unsere Erfolge zurückblicken. Wollen wir im neuen Jahr gleiches erreichen, so ist es Pflicht jedes Kollegen, mit allen Kräften für die Stärkung des Verbandes zu arbeiten. Am 10. Januar findet unsere Generalversammlung statt. Mitgliedsbücher oder -karten sind als Ausweis mitzubringen.

**Wrlitz.** In der Mitgliederversammlung vom 20. Dezember gab Kollege Preißler einen Bericht über die Verhandlungen mit dem Magistrat über den neuen Lohnstarif. Kollegen, welche ein Jahr vor dem Kriege beim Magistrat beschäftigt waren, erhalten die Militärdienstzeit angerechnet. Genehmigt wurden ferner die im neuen Lohnstarif vorgesehenen Paragrafen mit Ausnahme des Nachlages, wonach der Lohnstarif nur für die organisierten Arbeiter Gültigkeit haben soll. Absolut ablehnend verhielt sich aber der Magistrat gegen die von uns angeforderten Lohnsätze. Nur folgende Löhne wurden erreicht: in der 1. Gruppe 2,15 Mk., in der 2. Gruppe 2,05 Mk., in der 3. Gruppe 1,95 Mk. und in der 4. Gruppe 1,75 Mk. Zu diesen Lohnsätzen kommen noch hinzu 15 Pf. pro Stunde, welche aber schon ausbezahlt sind, und zwar in Form der Beschaffungsbeihilfe, die der Magistrat unbedingt auf die Lohnsätze anzurechnen will. Derselbe ist der niedrigste Satz von 200 Mk. zugrunde gelegt und auf die Zeit vom 1. Oktober 1919 bis 1. April 1920 verleiht worden. Dies ergibt bei 1250 Stunden 15 Pf. pro Stunde. — Bei der nun folgenden Abstimmung wurde mit 130 gegen 70 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen beschlossen, den Lohnstarif in dieser Höhe abzulehnen, und Kollege Preißler beauftragt, neue Verhandlungen mit dem Magistrat anzubahnen, um doch noch etwas mehr herauszuschlagen. Hierauf erstattete Kollege Prose den Kartellbericht. Erinnert wurde an die am 12. Januar stattfindende Volksversammlung im Stadtheater.

**Salle a. S.** Endlich ist es gelungen, mit dem Magistrat eine einigermaßen zufriedenstellende Lohnregelung zu erzielen. Bis jetzt wurden noch Löhne von 1 Mk. bis 2,10 Mk. bezahlt. Die Arbeiter und Angestellten forderten im August 1919, durch Bildung einer Arbeitsgemeinschaft, eine Wirtschaftsbefähigung nach den staatlichen Grundätzen. Der Magistrat lehnte diese Forderung wiederholt ab, erst durch Dinzuziehung der Gewerkschaften gelang es am 26. November 1919, die Forderungen der Arbeiter und Angestellten zum Abschluss zu bringen. Während man den Angestellten ohne weiteres die Forderungen bewilligte, lehnte man dagegen die Forderungen der Arbeiter ab. Daraufhin haben sich die städtischen Arbeiter zusammen, durch die zuständigen Gewerkschaften an die Stadtverordneten heranzutreten, um ihnen folgende Vorschläge zu unterbreiten: Es ist dahin zu wirken, die geforderte Wirtschaftsbefähigung für Arbeiter und Arbeiterinnen in eine Lohnzulage umzuwandeln. Unter Antrag, 20 Mk. für jeden Arbeiter und 4 Mk. für ein Kind pro Woche, wurde abgelehnt. Dafür wurden aber folgende Sätze beschlossen: Es erhält jeder in städtischen Betrieben beschäftigte Arbeiter und jede Arbeiterin, rückwirkend vom 1. Juli 1919, 16 Mk.

schloß ich mich abermals einem Menschenhaufen an, der sich diesmal unter dem Feldgeschrei: „Nun aber Pulver“, zusammengefunden hatte. Wir marschierten auf einen noch halb am Aljarderrlag gelegenen Geländes los und erhielten von dem Infanterie auch alles, was wir wünschten. Aber wo das Pulver hintun? Ich holte einen alten zitronengelben Handschuh aus meiner Tasche und füllte ihn stopfweise, so daß die fünf Finger wie gepulvert ansahen. Und nun wollt' ich bezahlen: „Bitte, bitte,“ sochte der Kaufmann, und ich drang auch nicht weiter in ihm. So setzte denn meiner Ausrüstung nichts weiter als Kugeln; aber ich hatte vor, wenn sich diese nicht finden sollten, entweder Murneln oder kleine G Wstände einzuladen. Und so trat ich denn auch wirklich an unsere Barrikade heran, die sich mittlerweile zwar nicht nach der fortifikatorischen, aber desto mehr nach der pittoresken Seite hin entwickelt hatte.

Kriegerische Ausflüsse waren aus den Theaterständen herangeschleppt worden, und zwei große Berg- und Waldlandschaften, wahrscheinlich aus „Adlershorst“, haben auch den ganzen Kampf mit durchgemacht und sind mehrfach durchlöchert worden. Jedenfalls mehr als die Verteidiger, die nämlich nicht hinter der Barrikade, sondern im Schutze der Haustüren standen, aus denen sie, wenn sie ihren Schuß abgeben wollten, hervortraten. Aber das hatte noch gute Wege. Vorläufig befand ich mich noch keinem Feinde gegenüber und schritt dazu, wohlgenut, wenn auch in begrifflicher Aufregung, meinen Karabiner zu laden. Ich klemmte zu diesem Behufe das Gewehr zwischen die Knie und belästigte mich, aus meinem Handschuh sehr ausgiebig Pulver einzuschütten, vielleicht von dem Saß geleitet, „viel

hilft viel“. Als ich so den Lauf halb voll haben mochte, sagte einer, der mir zusehen hatte: „Na, hören Sie...“ Worte, die gut gemeint und ohne Spott gesprochen waren, aber doch mit einemmal meiner Helderverlaufbahn ein Ende machten.

Ich war bis dahin in einer sicherhaften Erregung gewesen, die mich aller Wirklichkeit, jeder nüchtern verhängigen Erwägung entriß hatte, plötzlich aber — und um so mehr, als ich als gewesener Franz-Grenadier doch wenigstens einen Schimmer vom Soldatenwesen, von Schißen und Bewaffnung hatte — stand alles, was ich bis dahin getan, im Lichte einer traurigen Kinderrei vor mir, und der ganze Winkeltriebunfall fiel mir schwer auf die Seele. Dieser Karabiner war verrostet; ob das Feuersteinschloß noch funktionierte, war die Frage, und wenn es funktionierte, so plakte vielleicht der Lauf, auch wenn ich eine richtige Patrone gehabt hätte. Statt dessen schüttete ich da Pulver ein, als ob eine Felswand abgesprängt werden sollte. Pöcherlich! Und mit selbtem Spielzeug ausgerüstet, nur gefährlich für mich selbst und meine Umgebung, wollte ich gegen ein Garderegiment anrücken! Ich war unglücklich, daß ich mir das sagen mußte, aber war doch zugleich auch wie erst, endlich zu voller Erkenntnis meiner Verkehrtheit gekommen zu sein. Das Hochgefühl, bloß zu fallen um zu fallen, war mir fremd, und ich gratuliere mir noch nachträglich dazu, daß es mir fremd war. Seldentum ist eine wundervolle Sache, so ziemlich das Schönste, was es gibt, aber es muß erst sein. Und zur Echtheit, auch in diesen Dingen, gehört Sinn und Verstand. Frecht das, so habe ich dem Heldentum gegenüber sehr gemischte Gefühle.

und für jedes Kind 4 Mk. pro Woche, laufend bis 31. März 1920. Des weitern ist es den Gewerkschaften gelungen, für diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, welche unverschuldeterweise entlassen werden mußten, diese Sätze vom 1. Juli bis zur Entlassung nachzugeben. Die Kollegen und Kolleginnen sehen wiederum, daß die Forderungen, die gestellt wurden, nur durch eine starke einheitliche Organisation bewirkt werden können. Es ist deshalb Pflicht eines jeden städtischen Arbeiters und jeder Arbeiterin, sich unserem Verband anzuschließen.

**Hamburg.** Die Mitgliedserversammlung im Dezember stimmte dem Antrag des Präsidiums, einen Agitationsleiter anzustellen und die Stelle umgehend auszufüllen, zu. Ferner wurde beschlossen, den nach den vom Hauptvorstand herausgegebenen Bestimmungen zum Bezug der Weihnachtunterstützung berechtigten arbeitslosen Mitgliedern die Sätze von 10 bzw. 15 Mk. durch Zuschuß aus der Lotteriesumme auf 20 bzw. 30 Mk. zu erhöhen. Den im Verbandsbureau beschäftigten Hilfsarbeitern bewilligte die Versammlung die zweite Rate der den Staatsarbeitern gewährten Besatzungssumme mit den gleichen Karenzbestimmungen.

**Köln.** In unserer Generalversammlung gab Kollege Keder den Geschäftsbericht. Am 31. Dezember 1918 zählte die Filiale 303 Mitglieder, heute ist der Mitgliederstand 1180, darunter 380 weibliche. 9 außerordentliche Versammlungen beschäftigten sich nur mit Lohn- und Tariffragen. Für die Section Krankenpfleger sind außerdem noch 8 Versammlungen abgehalten. In 13 Fällen mußte der Schlichtungsausschuß resp. das Gewerbegericht angerufen werden. Bei fast allen Verhandlungen war der Erfolg auf unserer Seite. Der Lohn betrug am 1. Januar 1919 für ungelernete Arbeiter 86 Mk. bis 100 Mk. für gelernte Arbeiter 152 Mk. pro Stunde, mithin der Jahresverdienst für ungelernete Arbeiter durchschnittlich 2498 Mk. und für gelernte Arbeiter 3575,92 Mk. Der letzte Abschluß ergab: für gelernte Arbeiter 2.10 Mk. bei 100,80 Mk. Wochen- und 6241,60 Mk. Jahresverdienst; ungelernete Arbeiter 2 Mk. bei 96 Mk. Wochen- und 4992 Mk. Jahresverdienst; ungelernete Arbeiter 1,90 Mk. bei 91,20 Mk. Wochen- und 4742,40 Mk. Jahresverdienst; für Frauen 1,30 Mk. bei 62,40 Mk. Wochen- und 3244,80 Mk. Jahresverdienst. Der letzte Lohnsatz gilt bis zum 31. März 1920. Zu diesen Lohnsätzen kommt für die Gasarbeiter ein Zuschlag von 10 Proz. Es wurde außer diesen Erhöhungen noch für das erste Vierteljahr eine Kaufkraftsumme von 150 Mk. bewilligt. Diese Sätze und mit den bestehenden Verhältnissen nicht in Einklang zu bringen, aber ohne Streit ist das Erreichbare für die Organisation ein guter Erfolg. Die Neuwahl des gesamten Vorstandes zeitigte folgenden Resultat: Hermann Keder, 1. Vorsitzender, August Strüger, 1. Kassierer, Willi Wöl, 1. Schriftführer. Der Gesamtbeitrag wurde auf 20 Pf. pro Woche festgesetzt. Der Gesamtbeitrag beträgt daher ab 1. Januar 1920 95 Pf. und 1,10 Mk. pro Woche. Dafür fallen die Monatsmarken von 10 Pf. in Zukunft fort. Der Vorstand beantragte, um im kommenden Jahre den Tarif besser zu gestalten, die Ermächtigung, den Tarif noch vor Jahresabschluss zu ändern.

**Stralsund.** In der gutbesuchten Mitgliedserversammlung vom 6. November wurde Entscheidung angenommen zur Gewährung einer Besatzungshilfe. Gemeinderat Schmidt wurde beauftragt, die nötigen Schritte bei der Stadtverwaltung zu unternehmen. Die Hilfe wurde am 24. Dezember ausbezahlt und zwar nach den Grundätzen des Staates: 400 Mk. für Verheiratete, 400 Mk. für Unverheiratete und 200 Mk. für jedes unterhaltspflichtige Kind. Kollegen und Kolleginnen! Ihr habt erfahren was es bedeutet, organisiert zu sein. Ihr wißt, wie Ihr früher von unserer Stadtverwaltung für Eure schwere Arbeit von früh bis spät gelohnt worden seid. War man Eurer überdrüssig, so schenkte sich die Stadtverwaltung auch nicht, Euch den Stuhl vor die Tür zu setzen. Dies ist jetzt anders. Alle Ziele, die wir uns gesetzt haben, sind erreicht: Lohnerrhöhungen, Arbeitsstunden, Urlaub, Arbeitszahlung und noch verschiedenes, und das nur durch unsere feste Organisation. Darum, Kollegen und Kolleginnen: haltet fest an dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter!

● **Rundschau** ●

**Gewerkschaften und Lebensmittelvertenerung.** Am Freitag, den 2. Januar, nahmen die Gewerkschaftsvorstände der Berliner Gewerkschaften Stellung zu dem am 1. d. M. eingetretenen Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel durch die Preisenanzahlung der Regierung an die Landwirte. Die von der Regierung und den Arbeitsgemeinschaften erteilten Verteuerungen von 6 Mk. für eine fünfköpfige Familie wurde von sämtlichen Rednern als zu minimal betrachtet. Es wurde betont, daß mit der Verteuerung dieser wichtigsten Lebensmittel zu gleicher Zeit die Verteuerung aller zum Lebensunterhalt notwendigen Produkte erfolgen würde. Um hierfür einen gerechten Ausgleich zu schaffen, sei es notwendig, daß neben den bestehenden Löhnen eine sofortige laufende Zulage von 25 Mk. pro Woche an alle Beschäftigten — Beamte, Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen — von den Arbeitgebern zu zahlen ist. Zu diesem Zweck sollen die einzelnen Gewerkschaften

ihren Arbeitgeberverbänden die Forderung befehlen, um dann gemeinschaftlich mit dem Reichsarbeitsministerium die Verteuerung allgemeinverbindlich durchzusetzen. Die Forderung ist unabhängig von den tariflichen Forderungen und Bestimmungen der einzelnen Gewerkschaften. Von vielen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß zwar viele Inlandpreise den Auslandspreisen angepaßt seien und hierdurch den Unternehmern große Gewinne zuließen, daß aber die Arbeitstätne dagegen so gehalten sind, daß die Verteuerung der arbeitenden Schichten der Bevölkerung immer mehr um sich greift. Es wurden folgende Resolutionen angenommen: „Es sind sofort Verhandlungen mit den Berliner Arbeitgebern einzuleiten zu dem Zweck, eine sofortige Erhöhung der Löhne für alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Beamten, Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen herbeizuführen. Die Lohnhöhe muß den geltenden Marktpreisen für alle Lebensmittel und Bekleidungsartikel entsprechen. Außerdem müssen durch die Hauptvorstände und den Bundesvorstand die gleichen Forderungen für das Reich erhoben werden. Die Löhne müssen in einen festen und einen beweglichen Teil umgestaltet werden.“ Die zweite Resolution lautet: „Die am 2. Januar tagende Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission bringt zum Ausdruck, daß die Verteuerung der Kosten der Lebenshaltung infolge der Lieferungsprämie der Landwirtschaft bedeutend höher sind, als sie von der Reichsarbeitsgemeinschaft angenommen werden. Sie hält einen Vorschlagsentwurf von 25 Mk. für diese am 1. Januar eingetretenen Verteuerung für das Minimum dessen, was notwendig ist, um die Arbeiterschaft lebensfähig zu erhalten. Die Gewerkschaftskommission beauftragt ihren Ausschuß, über das Reichsarbeitsministerium mit den zuständigen Unternehmervereinigungen in Verhandlung zu treten. Das Resultat dieser Verhandlung soll für alle Lohnarbeiter im Wirtschaftsgebiet Berlin rechtsverbindlich erklärt werden, und zwar ab 1. Januar 1920.“

**Die Humboldt-Hochschule,** in Berlin gibt jetzt ihr neues Vorlesungsverzeichnis heraus. Die große Zahl der Vorlesungen ermöglicht ein Studium aller Gebiete von Wissenschaft, Kunst und Technik, aller wichtigsten klassischen und modernen Sprachen und der lautmännlichen Kenntnisse. Für die Hörer besteht eine besondere Beratungsstelle. Donnerstags 4-7 Uhr. Hauptbureau. Vorlesungsverzeichnisse und Hörerlisten sind erhältlich in den Theaterkassen Kaufhaus des Westens, bei Hermann Tiep, in Buchhandlungen und Vereinsstellen. Hauptbureau C 2, Neue Friedrichstr. 53-56, II. Pentium, 400. 10-12, 1-3 Uhr. Wir machen unsere Mitglieder und Leser auf folgende Vorlesungen der Humboldt-Hochschule aufmerksam: Dr. Schulte: Vindolod mit — Dr. Engelhardt: Elektrotechnik — Leithäuser: Stromerzeugung, -verteilung und -umwandlung — Prof. Sieber: Kunst-telegraphie — Dr. Schmidt: Maschinenlehre — Peters: Werkzeug- und Werkzeugmaschinen — Weeren: Metallhüttenkunde — Prof. Brändlein: Eisenbetonbau — Griebler: Entwurf von Kleinwohnungsbauten — Verpelt: Maschinen — Dr. Wiener: Vom Bauen und Siedeln — Dermes: Gartenbau — Schädlingsbekämpfung — Lesser: Obstbau im Hausgarten — Dr. Biener: Kleinwohnungsnot — Gerde: Sparfamile Wärmemittelschaft — Schulze: Beobachten und Messen — Becker: Tasteroptischem — Schüge: Technische Textilprüfung — Müller-Saalen: Vortrags- und Medelkunst.

**Kraftrei der Arbeitsinvaliden und Armenrentner.** Die furchtbare Lage der Arbeitsinvaliden und sogenannten Armenrentner zwingt die organisierten Arbeitsinvaliden, Zivilrentner, erwerbsfähiger und Erwerbsunfähiger Deutschlands, nachstehenden Ausschuß an die Volksvertretungen, Regierungen, Gemeinden, Parteien, Gewerkschaften, wie alle deutschen Männer und Frauen zu richten. Der Kampf ums Tzein hat bei der großen Masse all dieser dauernd körperlich Leidenden furchtbare Formen angenommen. Mit ihren auf dem Felde der Arbeit verarmten Gliedmaßen und den verbrauchten Körperkräften sind diese Armen und der Armen nicht instande, das zum Leben Notwendige zu erringen und der jetzigen Verteuerung irgendwie zu begegnen. Die staatliche wie gemeindliche Fürsorge, wie sie für die gesunden Erwerbslosen, die Kriegeschädigten, Kriegshinterbliebenen, Wöchnerinnen usw. besteht hat gegenüber diesem Teil der Volksgenossen fast völlig versagt. Wie unendlich ähmer hält es für den noch nicht ganz erwerbsunfähigen Arbeitsinvaliden, geeignete Arbeit zu finden, eine Arbeitsvermittlung für Zivilbeschädigte besteht fast nirgends. Fast einer Million Zivil-Invalidenrentner wird ihre autarkische selbstgestellte Erwerbsunfähigkeit von mindestens 60% Proz. trotz Verteuerungszulagen mit Renten von 32 bis 48 Mk. monatlich zum „Ausgehüß“ gebracht. Auf Grund von Verteuerungen früherer niedriger Arbeitsverdienste werden den Unfallverletzten kümmerliche Renten gewährt, die in den allermeisten Fällen nur ein paar Tage zum Leben reichen. Für diese der Fürsorge so außerordentlich bedürftigen Kreise ist eine Aufsuchtsstätte vorgeschrieben — das Armenamt. Wir wollen heute nicht die für den einzelnen so bedauernde und schmerzliche Form der Armenpflege einer besonderen Kritik unterziehen, haben doch die Kriegeschädigten und Kriegshinterbliebenen für ihre Fürsorge es abgesehen, unter diesen Begriff zu fallen, aber die von den Gemeinden aufgestellten Richtlinien für die „Bedarfsätze und die geübte Praxis der Festlegung der Höhe der

Unterstützungen schreien geradezu zum Himmel! Es muß rückhaltlos gesagt werden, daß die Gemeinden ihre Versorgungspflichten gegenüber diesen Bedürftigen durchgehend nicht erfüllen. Unterstützungen und Mühsäße von 6, 8, 8 und 10 Mk. die Woche gelten als ausreichend, sie bedeuten ein fortwährendes Martrimum, Hungern, Dursten und vorzeitigen Untergang. Angesichts des Winters ohne Kohlen und inmitten einer Teuerungskrise ohngleichen erheben wir öffentlich unsern Ruf um Hilfe, um sofortige staatliche und gemeindliche Hilfsaktionen, wenn nicht viele Tausende unserer Leidensgenossen elend zugrunde gehen sollen. Bereits am 31. Mai dieses Jahres ist die Reichsregierung in einer beantragten Besprechung durch Ueberreichung unserer Forderungen auf unsere schreiende Notlage hingewiesen worden. Die einzigen Hilfsmassnahmen seitdem waren die Gewährung einer monatlichen Teuerungszulage von 12 und 6 Mk. auf die Invaliden-, Alters- und Witwenrenten und 12 Mk. auf die mehr als 1/2 Unfallbeschädigten. Wir erwarten auf das dringendste baldige durchgreifende gesetzliche Maßnahmen zur Abstellung unseres wirtschaftlichen Elends unter Mitarbeit unserer Organisationen. Die Vertreter der Organisationen der Arbeitsinvaliden, Rentnerinnen, Empfänger und Erwerbsunfähigen Deutschlands.

**Die Alten und die Jungen.**

„Unverständlich sind uns die Jungen“  
 Wird von den Alten bekümmert geklungen;  
 Meinerseits mücht ich's damit halten:  
 „Unverständlich sind mir die Alten“.  
 Dieses am Ruberbelbevorstehen  
 In allen Ständen und allen Klassen,  
 Dieses sich Unentscheidbarvermeinen  
 Glaubt ihrer „Augen hülfem Meinen“,  
 Was wäre der Welt ein Weg getan, —  
 Ach, ich kann es nicht verstehen.  
 Ob unsre Jungen, in ihrem Erstreifen,  
 Wirklich was Besseres schaffen und leisten,  
 Ob dem Fortschritte sie näher gekommen,  
 Oder bloß einen Quantvorschubgel erklimmen,  
 Ob sie, mit andern Neustandverfechtern,  
 Die Menschheit bessern oder verschlechtern,  
 Ob sie Frieden lä'n oder Sturm entfachen,  
 Ob sie Himmel oder Hölle machen, —  
 Ein's läßt sie sich auf freierem Grunde,  
 Sie haben den Tag, sie haben die Stunde,  
 Der Wehr kann gehn, neu Spiel hebt an,  
 Sie beherrschen die Szene, sie sind dran.

Theodor Fontane.

**Verbandsteil**

**Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.**

Der Verbandsvorstand sucht

**mehrere Hilfsarbeiter**

als Angestellte des Hauptbureaus, die später als Hilfsleiter Verwendung finden sollen. Gehaltszahlung nach den vom Nürnberger Verbandstag beschlossenen Sätzen.

Kollegen, die auf einen solchen Posten reflektieren, werden ersucht, umgehend ein Bewerbungsschreiben mit Lebenslauf an den Verbandsvorstand einzureichen.

Aus dem Bewerbungsschreiben muß ersichtlich sein, wie lange der Bewerber unterm Verbande angehört resp. überhaupt organisiert ist, ferner jegliche Beschäftigung und bisherige Leistung in der Arbeiterbewegung.

Die Bewerbungen sind bis spätestens 20. Januar 1920 an die Adresse des Verbandsvorstandes, Berlin SO. 16, Wusterhausenstr. 15, einzureichen. Der Verbandsvorstand.

Der Gemeindliche Zentralausschuß hat beschlossen, seinen Mitgliedern die Unterlagen für die zu fällenden Schiedsprüche jeweils vor der Sitzung zurufen, um eine gründliche Prüfung des Materials zu ermöglichen.

Damit unnötige Kosten erspart werden, ersuchen wir die Gauleiter und Hilfsvorstände, bei Anrufung des Gemeindlichen Zentralausschusses als Schlichtungs- oder Schiedsstanz Anträge und dazu gehörige Unterlagen und Beweisstücke in 10 Abschriften an die Adresse des Gemeindlichen Zentralausschusses für Tarifvertragsangelegenheiten, Berlin C. 2, Poststraße 17, einzureichen. Der Verbandsvorstand.

**Die Geschäftsräume des Verbandes**

(Vorstand, Kasse, Redaktion Stellennachweis)

befinden sich nicht mehr W. 57, Winterfeldstr. 24, sondern

**Berlin SO. 16, Wusterhausenstr. 15**

== Alle Sendungen erbiten wir an die neue Adresse ==

Hilf die Stillen

**Quitsburg, Bochum und Münster**

wird je ein

**Ortsbeamter**

gesucht. Bewerber müssen mindestens 3 Jahre Mitglied einer freien Gewerkschaft, in ähnlichen Arbeiten gewandt, rednerisch und zur Führung der Kassenkasse befähigt sein. Den Bewerbungen werden ist ein kurzer Lebenslauf, sowie eine Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten beizufügen. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen des 8. Verbandstages. Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ und für welchen Ort bis spätestens 15. Januar an die Geschäftsleitung in Düsseldorf, Wulfr. 10 L, zu richten.

**Stille Hamburg-Altona-Wandsbek-Harburg.**

**Agitationsleiter gesucht.**

Bewerber müssen mindestens 5 Jahre Mitglied einer freien Gewerkschaft, rednerisch befähigt, in der Parteipropaganda möglichst erfahren und schriftsgewandt sein.

Anstellungenbedingungen nach dem Beschluß des Nürnberger Verbandstages 1919 (Wahlscheiter bzw. Wahlleiter). Bewerbungen eigenhändig abzugeben, mit Lebenslauf und kurzer Darstellung der Aufgaben eines Agitationsleiters und bis spätestens 15. Januar 1920 an die Geschäftsleitung Hamburg, Wendenbinderhof 77, „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 1. 2. Stock, einzureichen. Der Sachverhalt muß mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen sein. Der Vorstand.

**Totenliste des Verbandes.**

Karl Bauer, München Kaufmann † 10. 12. 1919, 68 Jahre alt.	Albert Eilenthal, Berlin Arbeiter † 12. 12. 1919, 36 Jahre alt.
Karl Reirens, Magdeburg Hilfsarbeiter † 13. 12. 1919, 67 Jahre alt.	Wilhelm Cindjahr, Berlin Arbeiter † 11. 12. 1919, 50 Jahre alt.
Wendolin Brnz, München Vollarbeiter † 20. 12. 1919, 55 Jahre alt.	Robert Comatich, München Kaufmann † 21. 12. 1919, 53 Jahre alt.
Joseph Bermeier, München Hilfsarbeiter † 2. 11. 1919, 59 Jahre alt.	Michael Cottes, Bayreuth Arbeiter † 1. 12. 1919, 62 Jahre alt.
Gg. Eilenbühler, München Arbeiter † 8. 12. 1919, 60 Jahre alt.	Karl Cullig, München Hilfsarbeiter † 4. 12. 1919, 61 Jahre alt.
Johann Fäger, Nürnberg Arbeiter † 27. 12. 1919, 60 Jahre alt.	Heinrich Luche, Hameln Arbeiter † 21. 12. 1919, 68 Jahre alt.
Hols Facker, H. und W. Eisenbahnarbeiter † 10. 12. 1919, 34 Jahre alt.	Gottlieb Schnabel, Darmstadt Arbeiter † 22. 11. 1919, 57 Jahre alt.
Anna Handlshup, München Schneiderei † 8. 12. 1919, 35 Jahre alt.	Wilhelm Schäfer, Cöpenick Arbeiter † 12. 12. 1919, 42 Jahre alt.
Eduard Hitzinger, L. und W. Arbeiter † 7. 12. 1919, 54 Jahre alt.	Otto Schwarz, Kleinobringen Hilfsarbeiter † 20. 12. 1919, 41 Jahre alt.
Emil Hunzinger, Pilsen Schneider † 25. 12. 1919, 31 Jahre alt.	Auguste Chleme, Leipzig Arbeiterin † 11. 12. 1919, 69 Jahre alt.
Xaver Jäger, München Hilfsarbeiter † 14. 12. 1919, 50 Jahre alt.	Georg Vogl, München einem Arbeiter † 27. 11. 1919, 68 Jahre alt.
Joseph Kettler, Berlin Arbeiter † 23. 12. 1919, 64 Jahre alt.	Xaver Widmann, H. und W. Hilfsarbeiter † 1. 12. 1919, 79 Jahre alt.
Moritz Knabe, Reichenbach i. V. Zimmermann † 22. 12. 1919, 56 Jahre alt.	Minna Wicherl, Hameln Arbeiterin † 19. 12. 1919, 59 Jahre alt.
Valentin Klein, Berlin Arbeiter † 24. 12. 1919, 65 Jahre alt.	Otto Willmat, Eilen a. R. Arbeiter † 21. 12. 1919, 29 Jahre alt.
Bertha Krause, Cöpenick Kronlehnarbeiterin † im Dezember 1919, 24 Jahre alt.	Auguste Zahn, Berlin Arbeiterin † 18. 12. 1919.

(Ehre ihrem Andenken)

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gewerkschaften und Einzelarbeiter G. K. Mann, Verantwortl. Redakteur G. M. Dittmer, beide Berlin SO., Wusterhausenstr. 15. Druck: Gewerkschafts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.